

Kreistag - AfD Haushaltsrede 2025

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

die aktuelle Haushaltsdiskussion erfolgt vor dem Hintergrund massiver Einsparungszwänge. Die Rahmenbedingungen und die Schätzungen aus den übergeordneten Institutionen sehen verminderte Einnahmen und erhöhte Ausgaben vor, was zu einem strukturellen Defizit von mehr als 30 Mio. € führt.

Die Ursachen für die dramatische Änderung der Wirtschaftssituation sind mannigfaltig. Der Ertragsrückgang aus dem Abbau der Geschwindigkeitskontrolle auf der A1 in Burscheid, das Starkregenereignis 2021, die Corona-Maßnahmen oder die Ukraine-Hilfen waren finanziell einschneidende Einzelereignisse für den Kreishaushalt.

Abgesehen von diesen Sonderereignissen schlägt die zunehmende Übertragung von Aufgaben durch Bund und Land, die nicht entsprechend des Konnexitätsprinzips finanziell ausgeglichen werden, auf die finanzielle Lage durch. Hier muss allerdings entgegengehalten werden, dass sich der Kreis nicht ausreichend widersetzt hat.

In Anbetracht der Lage ist das Schreiben von Brandbriefen keine angemessene Reaktion. Hier müssten wesentlich eindeutiger Maßnahmen zum Beispiel über den Deutschen Landkreistag eingeleitet werden. Ebenso sitzen die Parteikollegen der Entscheidungsträger aus Bund und Land auch hier im Kreistag und hätten damit direkte Einflussmöglichkeiten.

Ein wesentlicher Punkt für das Defizit ist aber auch das unreflektierte Umsetzen von Vorgaben übergeordneter Institutionen auf Kreisebene.

Das betraf nicht nur die Corona-Zeit. Kritische Medien wie Kontrafunk oder Multipolar haben bereits kurz nach Erlass die vorgegebene Strategie hinterfragt, während die konformen Medien diese weiter propagierten und auf gesellschaftlicher Ebene eine Verifizierung verhinderten.

Das betrifft auch die Ukraine Krise, für die nicht alle Maßnahmen notwendig gewesen wären. Hier denke ich besonders an die Leistungen im Bereich des Jobcenters.

Finanziell ausschlaggebend für die Finanzen des Kreises sind vor allem aber auch eigene Projekte der Energie- sowie der Verkehrswende.

Das regionale H2-R Projekt zur Einführung der Wasserstofftechnik mit einem insgesamt veranschlagten Finanzvolumen von gut 400 Mio. € war als eigenständiges und nicht durch übergeordnete Institutionen gefördertes Projekt deshalb grob fahrlässig, weil bei einem Wirkungsgrad des Wasserstoffes von 0,25 selbst für einen technischen Laien die Problematik dieser Technologie nachvollziehbar ist.

Ebenso führte der bedarfsunabhängige Ausbau des ÖPNVs zu immensen Kosten.

Nicht nur, dass eine Berücksichtigung des Bedarfes trotz mehrfacher Beantragung aus verschiedenen Richtungen standhaft abgelehnt wurde, die Einführung überteuerter Wasserstoffbusse hat die Kosten potenziert und das Ganze gipfelte in dem ohne den bedarfsunabhängigen ÖPNV-Ausbau wahrscheinlich gar nicht notwendigen grünen

Mobilhof mit einer völlig ineffizienten eigenen Wasserstoffproduktion.

Die beschlossene Neukonzeption einer Nahverkehrsplanung, insbesondere unter dem Bedarfsaspekt, ist damit mehr als sinnvoll und notwendig.

Was den Wegfall der Einnahmen durch die Geschwindigkeitskontrolle auf der A1 angeht, so hätte man diese nicht nur vorab berücksichtigen müssen, sondern deren Einnahmen hätten von Anfang an als nur temporär betrachtet werden dürfen.

Dass sich die damit verbundenen 30 entfallenden Stellen nicht auf eine Reduzierung der Planstellen auswirkt, ist in Anbetracht der finanziellen Situation nicht nachzuvollziehen.

Die kontinuierlich steigende Personaldecke ist ein grundsätzliches Problem der Verwaltung. Seit Jahren wird intensiv in die Digitalisierung investiert. Ein spürbarer Rationalisierungseffekt ist aber nicht erkennbar. Stattdessen steigt die Personaldecke kontinuierlich an. Das ist gegenüber der Bevölkerung, die die dafür notwendigen Finanzmittel erarbeiten muss, nicht zu rechtfertigen.

Die hier beschriebene finanzielle Situation führte zu erheblichen Konsolidierungsanstrengungen. Diese haben gezeigt, dass konzertiertes Handeln zwischen der Verwaltung und allen politischen Kräften nicht nur reibungslos funktionieren, sondern auch zielgerichtet und schnell erfolgen kann.

Bei konkreten Anlässen sind die Entscheidungsträger im Rheinisch-Bergischen Kreis also in der Lage, schnell und effizient auf Situationen zu reagieren. Für die Bürger ist das

eine gut Nachricht.

In diesem Rahmen wurden die Kosten des Haushaltes durchforstet und Einsparungen in Höhe von 85 Mio. € bis 2029 identifiziert.

Das reicht für eine nachhaltige Konsolidierung der Finanzen aber nicht aus, sodass der Kreis unter das Haushaltssicherungskonzept fallen wird.

Um langfristig einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen ist unter Aufzehrung der Ausgleichsrücklagen und Zugreifen auf die allgemeine Rücklage auch die Erhöhung der Kreisumlage bereits für den Haushalt 2026 von derzeit 35,5% auf 37,3% geplant, was die finanziell kritische Situation der angehörigen Kommunen weiter verschärft!

Im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands ist der Rheinisch-Bergische Kreis aber eigentlich in einer komfortablen Sondersituation. Mit der historischen Anbindung an Köln kann das Bergische Land nicht nur auf eine jahrhundertelange Verbindung zu einem Wirtschaftszentrum zurückblicken.

Mit den ehemaligen Erzminen, die ihre Fortführung in einer für ländliche Gebiete bedeutenden Metallindustrie findet, aber auch mit der Wasserkraft, die eine international bedeutende Stoffindustrie ermöglichte, zeigt sich die Bündelung von Industrie und Landwirtschaft, von ländlicher Region und urbaner Konzentration als ein Kernmerkmal des Bergischen.

Interatom, eine zentrale Forschungseinrichtung für die Kernkraft, die Papierfabrik Zander oder der Dämmungshersteller Isover G+H sind Beispiele eines Industriestandortes auf Weltniveau.

Die drei heute nicht mehr produzierenden Betriebe sind aber auch Beispiele eines wirtschaftlichen Wandels, der in weiten Teilen an dieser Region, aber eben auch an ganz Deutschland, vorbei geht.

Das Wirtschaftskonzept des Grünen Schrumpfens wird voraussichtlich auch mit der kommenden Bundesregierung fortgeführt werden. Von einer Erholung der Einnahmesituation auf Kreisebene kann also nicht ausgegangen werden.

Die Kostenschätzung der kommenden Jahre geht zusätzlich von einer starken Steigerung der Sozial- und Jugendausgaben aus. Hier macht sich der grüne Gesellschaftsumbau bemerkbar und damit Kostensteigerungen, die noch nicht absehbar sind.

Wie sieht die Zukunft der Verwaltung in einer kontinuierlich schrumpfenden Wirtschaft aus? Die Schaffung ideologischer Märkte, wie es zum Beispiel die Wasserstofftechnik in Rhein-Berg ist, kann nur sehr begrenzt nachfrageorientierten Bedarf ersetzen. Das ändern auch die 1,5 Billionen Neuschulden auf Bundesebene nicht. Vielmehr wird auch dieses Geld für ineffiziente oder ausländische Projekte ausgegeben werden, die Schulden in den Rheinisch-Bergischen Kreis einsickern und zu einer zusätzlichen Belastung kommender Generationen führen.

Ziel muss stattdessen die Reduzierung auf hoheitliche Kernaufgaben sein. Verwaltung kann keine Marktwirtschaft! Das ist aber auch nicht ihre Aufgabe! Sie kann und soll aber neutral die hoheitlichen Aufgaben aus demokratischen Entscheidungsprozessen umsetzen.

Diese Strukturen wieder zu erreichen, ist Aufgabe genug.

Zusammenfassend:

Der sich kontinuierlich verschlechternde wirtschaftliche Rahmen sowie die unzureichende Gegenfinanzierung übertragener Aufgaben sind wesentliche Gründe für das Defizit.

Interne Faktoren machen aber einen ebenso großen Einfluss aus. Diese Faktoren sind trotz großer Einsparungsanstrengungen nicht ausgeschöpft, was strukturelle und ideologische Gründe hat.

Daher werden wir dem Haushalt in dieser Form nicht zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Sebastian Weirauch